

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Tiefensee, Hubertus Heil (Peine),
Ingrid Arndt-Brauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12682 –**

**Deutschland 2020 – Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft:
Infrastruktur modernisieren, Energiewende gestalten, Innovationen fördern**

A. Problem

Investitionen in eine moderne Infrastruktur; Gestaltung von ökonomischem und ökologischem Wandel, um eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung zu gewährleisten; Stärkung des Mittelstandes durch Förderung von Innovationen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12682 abzulehnen.

Berlin, den 17. April 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Oliver Krischer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Oliver Krischer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/12682** wurde in der 228. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion der SPD zielt im Wesentlichen darauf ab, die Infrastruktur zu modernisieren, die Energiewende zu gestalten und Innovationen zu fördern. Die Investitionen hätten seit der Jahrtausendwende nicht einmal mehr den Ersatzbedarf gedeckt, sodass Deutschland von der Substanz lebe. Die Fraktion der SPD fordert daher unter anderem, im Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 und in der mittelfristigen Finanzplanung 3 Mrd. Euro jährlich zusätzlich für die Modernisierung der Infrastruktur und die Energiewende einzustellen. 2 Mrd. Euro davon sollten in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Die Bundesregierung solle sich klar gegen die Einführung einer Pkw-Maut aussprechen. Denn diese würde gerade jene Menschen belasten, welche aus familiären oder beruflichen Gründen auf ihr Fahrzeug angewiesen seien. Auch müsse der Substanzverfall bei den Verkehrswegen gestoppt werden und bei der Verteilung der Finanzmittel der Erhalt gegenüber dem Aus- und Neubau priorisiert werden. Mit Blick auf den Ausbau der Infrastruktur für die Energiewende fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung unter anderem auf, durch Energieaudits und Energiemanagementsysteme mehr Anreize für Energieeffizienz zu setzen. Außerdem müssten sämtliche Möglichkeiten zur Erhöhung der Kapazität bestehender Leitungen ausgeschöpft und der Ausbau intelligenter Netze vorangetrieben werden. Zur Sicherstellung eines flächendeckenden schnellen Internetzugangs fordert die Fraktion der SPD unter anderem, die Regulierung im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur so auszugestalten, dass private Investitionen in neue Netze angeregt und kreative Wettbewerbslösungen gefunden würden. Auch müsse der Aufbau von Hochleistungsnetzen mit modernen Glasfaserkabeln vorangetrieben werden. Die Fraktion der SPD hebt in ihrem Antrag hervor, dass der Umbau des deutschen Energienetzes ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Industriepolitik sei. Die Energie müsse für die privaten und industriellen Verbraucher bezahlbar bleiben. Daher wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, ein umfassendes Konzept für die Energiewende vorzulegen, die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen auch in der Zukunft zu gewährleisten sowie die Steigerung der Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz zu fördern. Ferner müsse für eine sichere Rohstoffversorgung der Industrie Sorge getragen werden. Die Fraktion der SPD betont in ihrem Antrag, dass Innovationen der Schlüsselfak-

tor seien, um den tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft und den globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Um den Fachkräftebedarf decken zu können, fordert sie die Bundesregierung auf, die Bildungsinvestitionen zu erhöhen. Außerdem sei eine Strategie zur Unterstützung des Mittelstandes erforderlich, die eine steuerliche Forschungsförderung umfassen müsse.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/12682 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 125. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 137. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 120. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 130. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 100. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 96. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 83. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der

Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 101. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 87. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 86. Sitzung am 17. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/12682 in seiner 103. Sitzung am 17. April 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass viele der gestellten Forderungen bereits erfüllt worden seien, zum Beispiel durch die gesetzten Rahmenbedingungen für die Beschleunigung des Netzausbaus. Dass dieses Gesetz nicht sofort seine Wirkung entfalten könne, sei klar. Auch die Veränderung des Telekommunikationsgesetzes sei eine gute Ausgangslage, um insbesondere kostengünstig die Breitbandversorgung auszubauen. Mit dem vorliegenden Antrag tue die Fraktion der SPD der Wirtschaft keinen Gefallen. Durch eine Substanzbesteuerung könne man keine Probleme in der Wirtschaft und bei der Infrastruktur lösen, sondern würde sie nur verstärken. Bei dem Verschleißproblem der deutschen Straßen müsse man sich noch einmal Gedanken machen und das Budget weiter erhöhen, da in Deutschland der Straßenverkehr enorm wichtig sei.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, dass sich der Antrag mit den drei großen Themen Infrastruktur, Energie und Innovation beschäftige. Was die Infrastruktur betreffe, ziele man nicht nur auf die herkömmliche Struktur ab, sondern auch auf die Energienetze und die IT-Infrastruktur. Für diese Infrastruktur fordere man mehr Geld. Es müsse außerdem intensiv an einem neuen Strommarktdesign sowie an einer Renovierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gearbeitet werden, denn momentan sei die deutsche Industrie zwar noch relativ gut aufgestellt, es drohe aber ein Abschwung. Es sei eine Zielperspektive für 2020 in diesen Bereichen erforderlich, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern. Besonders wichtig sei es

außerdem, die Länder und Kommunen bei der Verkehrsinfrastruktur mit mehr Geld vom Bund zu unterstützen, da die deutschen Straßen sowie die Brücken sehr marode seien. Auch der Bund habe ein Interesse an guten und sicheren Straßen.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, dass sie mit den Kernaussagen des Antrages durchaus einverstanden sei. Die Fraktion der SPD dürfe aber den Netzausbau nicht vernachlässigen und sie müsse insbesondere in den Ländern darauf achten, dass der Strom in der Zukunft für den industriellen Mittelstand und die industrieorientierten Dienstleister bezahlbar bleibe. Außerdem müssten die Hemmnisse für den Einstieg neuer institutioneller Anleger in den Energiemarkt abgebaut werden. Hier solle die Fraktion der SPD mäßigend einwirken, um die Koordinierung zwischen Bund und Ländern nicht weiter zu hemmen. Der Antrag folge bei dem Thema Verkehrswege dem Wunschprinzip. Man könne nicht darauf achten die Fläche nicht zu vernachlässigen und dann den Schwerpunkt auf Knotenpunkte und Erhaltungsmaßnahmen legen. Eine Ausdehnung der Lkw-Maut hätte fatale Folgen für das Gewerbe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, sie teile ebenfalls viele der Punkte des Antrages. Man müsse dringend Zukunftsinvestitionen tätigen, um Innovationskraft und Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen zu schaffen. Allerdings sei der Antrag in Summe nicht sehr aussagekräftig und man halte die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht für ausreichend, um den Problemen zu begegnen. Zum Beispiel sei der Vorschlag zum Thema Energienetze unzureichend. Die Übertragungsnetze gehörten insgesamt in öffentliche Hand und nicht nur teilweise. Man selbst wolle in Form von kommunalen Energiedörfern oder Energiegenossenschaften eine dezentrale Versorgung in Bürgerhand fördern. Insoweit biete der Antrag die falschen Ansätze. Es werde dringend ein Universaldienst für einen schnellen Internetzugang benötigt. Auch die Vorschläge der Fraktion der SPD zur Rohstofffrage seien nicht weitreichend genug. Man brauche laut der zuständigen Enquetekommission eine absolute Senkung des Ressourcenbedarfs.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, der Antrag spreche an vielen Stellen die richtigen Punkte an und benenne die Probleme sehr gut. Man müsse dringend über die Frage einer Deutschen Netz AG sprechen, was im Übrigen auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthalten sei. Die Chance, mit dem Verkauf der Übertragungsnetze diese Deutsche Netz AG zu gründen, habe die Bundesregierung aus ideologischen Gründen verstreichen lassen, weshalb man nun vor Problemen stehe. Außerdem müssten Erhaltung und Verbesserung der Verkehrswege priorisiert werden, um weiterhin Mobilität gewährleisten zu können.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/12682 zu empfehlen.

Berlin, den 17. April 2013

Oliver Krischer
Berichterstatter